

Von Karlsruhe in die ganze Welt | Viel zu tun für die Notfallpädagogik

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018



Jedes Jahr durchleben Millionen von Kindern und Jugendlichen traumatische Erlebnisse und werden dabei oft alleine gelassen. Nicht verarbeitete Traumata können jedoch auch noch nach Jahren zu schweren Symptombildungen führen und die Entwicklung nachhaltig stören.

Die Karlsruher Organisation Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners – Notfallpädagogik unterstützt diese Kinder und Jugendlichen bei der Verarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen. So können mit pädagogischen Maßnahmen eventuelle Traumafolgestörungen abgemildert oder vermieden werden. Zu diesen gehören u.a. Elemente der Mal- und Zeichentherapie, Erlebnis- und Zirkuspädagogik, plastisch-therapeutisches Gestalten mit Ton oder Bienenwachsknete u.v.m.

Gleich im Januar und Februar finden vier Einsätze in Kriegs- und Katastrophengebieten statt.

KENIA:

Am Samstag, den 13. Januar bricht ein acht-köpfiges Team nach Kenia auf. In den Flüchtlingslagern Kakuma und Kalobeyei werden sie täglich mit den Kindern in den Reception-Centern

arbeiten. In diesen Aufnahmestellen müssen die Menschen bis zu drei Monate verbringen, bis sie eine feste Unterkunft im Camp zugewiesen bekommen. Vor Ort ist inzwischen ein großes Team lokaler Mitarbeiter für das Waldorf-Kakuma-Project tätig. Sie werden bei diesem Einsatz weiter geschult und in ihrer Arbeit unterstützt.

NEPAL:

In Nepal liegt der Fokus des zehn-köpfigen Notfallpädagogik-Teams, das von 27. Januar bis 01. Februar vor Ort ist, auf der Katastrophenvorsorge und der (Aus-)Bildung. Als eines der ärmsten Länder der Welt, hat Nepal viele Probleme, die nicht ausschließlich durch die Erdbeben 2015 verursacht sind, durch diese jedoch weiter verschärft wurden. Der Wiederaufbau kommt nur langsam voran. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ GmbH) soll eine mittel- bis langfristig angelegte Unterstützung und Stärkung der Menschen gesichert werden.

BANGLADESCH:

In Kooperation mit der lokalen Hilfsorganisation brac werden am 01. Februar sieben Notfallpädagogen nach Bangladesch reisen. Neben der Arbeit mit traumatisierten Kindern steht die Entlastung der lokalen Helfer im Fokus. In Workshops und Coachings werden ihnen Methoden aus der Notfall- und Traumapädagogik an die Hand gegeben, um besser mit der enormen Belastung umzugehen.

KURDISTAN-IRAK:

Nach dem Referendum und den folgenden Unruhen im vergangenen Jahr wird nun die Arbeit im Langzeitprojekt weitergeführt. Die lokalen Mitarbeiter, die auch in den vergangenen Monaten täglich mit den Kindern arbeiteten, werden beim Einsatz ab dem 06. Februar weitergebildet und das Ausbildungsprogramm fortgesetzt. Zudem wird das Team aus zwei internationalen Koordinatorinnen, die dauerhaft vor Ort sind, wieder vervollständigt.

Unsere Arbeit ist nur möglich mit Ihrer Unterstützung – jeder Beitrag hilft – vielen Dank!

Spendenkonto

GLS Bank Bochum BLZ 430 609 67 Konto 800 800 700

IBAN DE06 4306 0967 0800 8007 00

BIC GENODEM1GLS Stichwort „Notfallpädagogik“

Kontakt Presse:

Reta Lüscher-Rieger

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Notfallpädagogik

Tel.: 0721-354806 183

Fax: 0721-354806 180

E-Mail: r.luescher-rieger@freunde-waldorf.de

Webseite: www.freunde-waldorf.de

Die Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V. fördern weltweit Initiativen eines freien Bildungswesens. Seit 1971 setzen sie sich für die Waldorfpädagogik und für Freiheit im Bildungswesen ein. Seit 1993 organisiert und betreut das Büro in Karlsruhe internationale Freiwilligendienste in aller Welt und ermöglichte bislang über 20.000 Menschen einen sozialen Dienst in über 350 Projekten in mehr als 60 Ländern. Zurzeit nehmen jährlich fast 2.000 junge Menschen an den Programmen teil. Seit Sommer 2011 können Interessierte über den Verein auch einen 12-monatigen Freiwilligendienst in anthroposophischen Einrichtungen in Deutschland leisten.

Seit 2006 sind die Freunde der Erziehungskunst im Bereich „Notfallpädagogik“ tätig. In Folge von kriegerischen Auseinandersetzungen und Naturkatastrophen arbeiteten sie bislang mit psychotraumatisierten Kindern und Jugendlichen im Libanon (2006), China (2008 und 2013), Indonesien (2009), Haiti (2010), Kirgisistan (2010), Japan (2011), Bosnien und Herzegowina (2014), Griechenland (2015), Slowenien (2015), Ecuador (2016), Philippinen (2013-2016), Haiti (2016), Gaza (seit 2009), Nepal (seit 2015), Kenia (2012 – 2013 und 2017) und Kurdistan-Irak (seit 2013).

Pressemitteilung Unternehmen unter Druck: 13.000 Menschen für Transparenz bei Schuh und Leder – Branche verspricht Verbesserungen mit Ausbau der CADS-Initiative

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

[Berlin/Bonn, 17.01.2018] – AktivistInnen der Kampagne Change Your Shoes haben heute in Berlin 13.606 Unterschriften an Birkenstock übergeben. Mit der Petition „Transparenz statt Versteckspiel“ fordern sie europäische Schuhmarken und -händler auf, transparent über die Einhaltung der Menschenrechte sowie über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu berichten. Auch an den größten deutschen Schuhfachhändler Deichmann und an den Verband der Schuh- und Lederindustrie HDSL wurden die Forderungen bereits überreicht. Schuhfirmen in Deutschland versprechen nun mit der Erweiterung der CADS-Initiative Verbesserungen in Sachen Arbeits- und Sozialstandards in den Produktionsländern. Dafür müssen aber Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen bei den Überprüfungen einbezogen werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher fordern die Schuhunternehmen auf, einen existenzsichernden Lohn zu zahlen und dafür zu sorgen, dass die Menschenrechte garantiert werden. „Unternehmen müssen transparent über ihre Zulieferketten berichten“, sagt Anton Pieper von SÜDWIND. „Es ist höchste Zeit, dass sie glaubhaft darlegen, wie sie Arbeiterinnen und

Arbeiter schützen und Umweltverschmutzung an den Produktionsstätten vermeiden wollen.“ Denn ob in Asien oder Europa: Immer wieder werden in Schuhfabriken oder Gerbereien Menschen- und Arbeitsrechte verletzt oder Schäden für Umwelt und Gesundheit verursacht – für die im Ausland produzierenden Unternehmen häufig ohne Folgen.

Die Proteste von Change Your Shoes zeigen nun Wirkung. Birkenstock erklärte bei der Unterschriftenübergabe: „Wir verstehen das gestiegene Informationsbedürfnis der Verbraucher, das die Petition zum Ausdruck bringt. Die CADS-Initiative ist ein wichtiges Instrument, um der Verwendung riskanter Stoffe bei der Herstellung von Schuhen zu begegnen. Als Produktionsunternehmen legen wir großes Augenmerk auf die Arbeitsbedingungen, insbesondere auf die Arbeitssicherheit, wo wir sehr eng mit der Berufsgenossenschaft zusammenarbeiten.“

Berndt Hinzmann vom entwicklungspolitischen INKOTA-netzwerk ordnet ein: „Die Textilindustrie hat in den vergangenen Jahren Fortschritte in Sachen Transparenz gemacht, die Schuhbranche hinkt weiter hinterher. Mit der Erweiterung der CADS gibt es nun offenbar ein Umdenken in der Branche hin zu umfassender und konkreter sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und Sorgfaltspflicht. Das ist längst überfällig. Aber den Worten müssen Taten folgen. Die Zeit für Willensbekundungen ist vorbei. Konkrete Maßnahmen vor Ort, unabhängige Überprüfung und umfassende Information über tatsächliche Fortschritte erhöhen die Glaubwürdigkeit.“

Mit CADS wollen sich 80 Unternehmen aus Industrie und Handel für Nachhaltigkeit in der Schuh- und Lederwarenindustrie einsetzen (u.a. Gabor, Deichmann, Lowa, Ara und Hamm Reno). CADS hat in Aussicht gestellt, ab Anfang 2018 konkrete Maßnahmen im Bereich Arbeitsrechte und Sozialstandards vorzulegen. Auch der Verband der Schuh- und Lederindustrie HDSL hat nach eigenen Angaben die Arbeitsrechte auf der Agenda. Ob dies Verbesserungen in den Produktionsstätten bewirkt, lässt sich allerdings nur durch eine unabhängige

Verifizierung, die Einbeziehung von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie durch transparente Information gegenüber der Öffentlichkeit belegen.

Weitere Informationen:

- Fotos von der Übergabe der Unterschriften an Deichmann
- Fotos von der Übergabe der Unterschriften an Birkenstock sind auf Anfrage ab 16 Uhr bei INKOTA verfügbar

Ansprechpartner:

Anton Pieper

SÜDWIND

Tel.: +49 (0)176-96822859

E-Mail: pieper@suedwind-institut.de

Berndt Hinzmann

INKOTA-netzwerk

Tel.: +49 (0)160-9469 8770

E-Mail: hinzmann@inkota.de

Internationale Grüne Woche 2018: Ein nachhaltiger Kakao-sektor benötigt existenzsichernde Einkommen und faire Preise

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

Bonn, 17. Januar 2018: Berichte über die Armut von Bäuerinnen und Bauern in den Kakaoanbaugebieten Westafrikas und die weit verbreitete Kinderarbeit auf Kakaoplantagen sind nicht neu.

Doch gerade angesichts des Absturzes der Kakaopreise seit September 2016 fordert das Bonner SÜDWIND-Institut, dass für Kakao endlich ein Preis gezahlt wird, der den kakaoanbauenden Familien ein menschenwürdiges Einkommen garantiert. Im Rahmen der Grünen Woche vom 19.-28. Januar in Berlin wird Friedel Hütz-Adams von SÜDWIND am kommenden Freitag mit Bundesminister Dr. Gerd Müller über die Möglichkeiten eines nachhaltigen Kakaoanbaus in der Elfenbeinküste diskutieren.

Rund 5.5 Mio. Haushalte bauen weltweit Kakao an, der größte Teil von ihnen auf wenigen Hektar Land. 70 % der Welternte und etwa 90 % der deutschen Kakaoimporte stammen aus Westafrika. Seit etwa 20 Jahren diskutiert die Kakaobranche darüber, wie die Situation der Bäuerinnen und Bauern verbessert werden kann. „Zwar haben Unternehmen, Regierungen und die Entwicklungszusammenarbeit eine Vielzahl von Projekten angestoßen, um die Situation der Betroffenen zu verbessern. Doch an der Situation der Menschen in den Kakaoanbaugebieten Westafrikas hat sich bisher wenig geändert“, so Friedel Hütz Adams von SÜDWIND, Kakaoexperte und Autor mehrerer Publikationen zum Thema Nachhaltigkeit im Kakaosektor.

Häufig wurde versucht, die Produktivität auf den Plantagen zu steigern. Zwar ließe sich diese Produktivität durchaus von derzeit rund 400 Kilo pro Hektar auf das Doppelte steigern. Doch eine Erhöhung der Produktivität könnte zu einem Kakaoüberschuss führen und zu einem weiteren Sinken des Kakaopreises. Dieser ist aufgrund einer guten Ernte zwischen September und Dezember 2016 bereits von rund 3.000 US-Dollar je Tonne auf 2.000 US-Dollar je Tonne abgestürzt und verharret auf diesem Niveau. Hinzu kommt, dass die Bäuerinnen und Bauern in den seltensten Fällen über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, um in verbesserte Anbaumethoden zu investieren. Die Einkommen des Kakaoanbaus reichen für viele Familien insbesondere in der Elfenbeinküste noch nicht einmal dafür aus, den Schulbesuch der Kinder finanzieren zu können.

„Existenzsichernde Einkommen sind ein Menschenrecht“, so

Friedel Hütz Adams. „Unternehmen der Kakao- und Schokoladenindustrie müssen daher veränderte Geschäftsmodelle aufbauen, um die Situation der Bäuerinnen und Bauern nachhaltig zu verbessern.“ Das SÜDWIND-Institut schlägt als einen wichtigen Baustein dafür langfristige, direkte Verbindungen zu den Bäuerinnen und Bauern vor, mit der Garantie von Preisen in einer Höhe, die eine nachhaltige Produktion erst ermöglichen.

„Ohne diese tiefgreifenden Veränderungen der Geschäftsbeziehungen zwischen KakaoproduzentInnen, kakaoverarbeitenden Unternehmen und letztendlich auch dem Einzelhandel und den KonsumentInnen wird sich die Situation der Bäuerinnen und Bauern nicht verbessern,“ so Hütz-Adams weiter. Darüber hinaus seien die Regierungen der Anbauländer ebenfalls in der Verantwortung. Sie müssen in die Infrastruktur den Kakaoanbaugebieten investieren und die Bäuerinnen und Bauern dabei unterstützen, Auswege aus der Armut zu finden.

Ansprechpartner:

Friedel Hütz-Adams

Telefon: 0228- 763698-15

Mobil: 0160-99404467

E-Mail: huetz-adams@suedwind-institut.de

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201, 53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-14

[info\(at\)suedwind-institut.de](mailto:info(at)suedwind-institut.de)

www.suedwind-institut.de

foodwatch fordert gesetzliche Vorgaben für Gesundheit von Nutztieren – massive Probleme in allen Haltungsformen – jedes vierte Tierprodukt stammt von einem kranken Tier

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

Pressemitteilung – Thema: Tierhaltung / Grüne Woche

Berlin, 17. Januar 2018. Im Vorfeld der Grünen Woche hat die Verbraucherorganisation foodwatch eine echte Tier-gesundhaltungswende gefordert: Viele Nutztiere litten unter schweren, vermeidbaren Krankheiten – egal ob in großen oder kleinen Ställen, in der Bio-Tierhaltung teilweise genauso wie in konventionellen Betrieben. foodwatch forderte die nächste Bundesregierung daher auf, gesetzliche Vorgaben für die Gesundheit von allen Nutztieren zu machen. Ziel müsse es sein, dass nur noch Lebensmittel von nachweislich gesunden Tieren in den Handel kommen. Die bisher diskutierten Vorschläge wie etwa ein freiwilliges Tierwohl-Label oder eine 0-1-2-3-Kennzeichnung der Haltungsform wären hingegen keine Lösung. Verbesserungen würden damit höchstens für einen kleinen Teil der Tiere erreicht, Fragen nach der Tiergesundheit würden nur eine untergeordnete Rolle spielen, so foodwatch.

„Angesichts massenhafter Erkrankungen, Schmerzen und Leiden kann von akzeptablem Tierschutz in Deutschlands Ställen keine Rede sein. Die Debatte um Tierhaltung kreist fast nur um formale Haltungsbedingungen wie etwa Platzbedarf oder Ausgestaltung der Ställe – obwohl wissenschaftlich längst erwiesen ist, dass die Tiergesundheit nicht allein von der

Haltungsform beeinflusst wird, sondern entscheidend auch vom Stallmanagement. Es gibt auf manchen Höfen massive Gesundheitsprobleme und auf anderen so gut wie keine – und zwar unabhängig von der Haltungsform oder der Betriebsgröße“, sagte Matthias Wolfschmidt, Internationaler Kampagnendirektor von foodwatch. „Die gesetzlichen Grundlagen reichen offenkundig nicht aus, um Millionen von Nutztieren vor krankmachenden Lebensbedingungen zu schützen. Der Gesetzgeber weigert sich seit Jahren, die betriebsgenaue Erfassung, Auswertung und Verbesserung des gesundheitlichen Tierschutzes anhand klarer Kriterien vorzuschreiben und voranzutreiben.“

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Lebensmittel mit tierischen Zutaten zu einem großen Teil von kranken Nutztieren stammen. Demnach macht mindestens jede zweite Milchkuh einmal im Jahr haltungsbedingte Krankheiten durch, die größtenteils vermeidbar sind. Etwa jeder zehnte Liter Milch stammt von einer Kuh mit entzündetem Euter. Schlachthofbefunden zufolge litten etwa 40 Prozent aller Schweine an haltungsbedingten Krankheiten. Statistisch gesehen war zudem mindestens jedes vierte Hähnchen vorher ein kranker Hahn, wurden vier von zehn Eiern von einer Henne mit Knochenbrüchen gelegt. Als Faustregel müssen Verbraucherinnen und Verbraucher davon ausgehen, dass mindestens jedes vierte Tierprodukt von einem kranken Tier stammt, so foodwatch. Beim Einkauf ist dies allerdings nicht zu erkennen.

Die bisher diskutierten Ansätze kritisierte foodwatch als unzureichend für den im Grundgesetz vorgeschriebenen Tierschutz und als irreführend für die Verbraucherinnen und Verbraucher:

Das angekündigte staatliche **Tierwohl-Siegel** ist aus Sicht von foodwatch inakzeptabel. Nach Einschätzung des Wissenschaftlichen Beirats von Agrarminister Schmidt könnte ein solches rein freiwilliges Siegel vielleicht 20 Prozent des Marktes abdecken. Für die große Mehrheit aller Nutztiere würde es also keinerlei Verbesserungen geben. Die Bundesregierung

habe gemäß Artikel 20a Grundgesetz aber den verfassungsmäßigen Auftrag, nicht nur für einige, sondern für alle Nutztiere tiergerechte Bedingungen durchzusetzen, so foodwatch.

Ebenso sei die zurzeit diskutierte, an die bekannten Eier-Stempel angelehnte **0-1-2-3-Kennzeichnung** für Fleisch völlig ungeeignet, um Leiden und Schmerzen der Nutztiere nachvollziehbar zu lindern oder zu verhindern, kritisierte foodwatch. Dieser Ansatz ignoriere den Stand der Wissenschaft, wonach es in allen Haltungsformen und allen Betriebsgrößen bisweilen massive tierschutzrelevante Versäumnisse gibt.

Die „Initiative Tierwohl“, an der sich vor allem die großen Handelskonzerne um Edeka, Lidl, Rewe, Aldi und Metro beteiligen, bezeichnete Matthias Wolfschmidt als „schlechten PR-Gag“, mit dem die Unternehmen von ihrer Verantwortung für die inakzeptablen Lebensbedingungen der Nutztiere ablenken wollten. Mit vorwiegend kosmetischen Maßnahmen könnten die Lebensbedingungen für die Tiere nicht substantiell verbessert werden. Den Bäuerinnen und Bauern werde nicht annähernd genügend Geld ausgezahlt, um eine nachweislich tiergerechte Haltung zu erreichen. Stattdessen werde den Verbraucherinnen und Verbrauchern vorgemacht, die Produkte aus den Supermärkten entstammten einer tiergerechten Haltung.

Matthias Wolfschmidt von foodwatch: „Es ist geradezu zynisch, den Eindruck zu erwecken, Siegel oder formale Haltungs-Kennzeichnungen könnten die teils dramatischen Zustände in den Ställen grundlegend verbessern. Das geplante Tierwohl-Label ist genauso wie eine Haltungs-kennzeichnung nur eine Pseudo-Lösung, die eine echte Verbesserung in der Nutztierhaltung eher verhindert. Wir brauchen klare gesetzliche Vorgaben für die Erfassung und Verbesserung der Gesundheit von allen Nutztieren. Es ist höchste Zeit für eine Tier-gesund-haltungs-wende!“

Matthias Wolfschmidt: „Das Schweinesystem – Wie Tiere gequält, Bauern in den Ruin getrieben und Verbraucher getäuscht

werden“, S. Fischer Verlag. 235 Seiten, 18 Euro.

Link:

E-Mail-Aktion von foodwatch für eine Tierhaltungswende:
www.tierhaltungswende.de

Quellen und weiterführende Informationen:

- Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundeslandwirtschaftsministerium zum Thema Nutztierhaltung (März 2015): www.tinyurl.com/ztc8hwn
- Ausgewählte Studien zur Tiergesundheit: www.studien-tiergesundheit.foodwatch.de

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 290

Bericht zur sozialen Ungleichheit | 82 Prozent des weltweiten Vermögenswachstums geht ans reichste Prozent der Bevölkerung

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018
[PRESSE-INFO]

Oxfam-Bericht: Ärmere Hälfte der Weltbevölkerung profitiert nicht vom Vermögenswachstum // Zahl der Milliardäre mit 2043 auf Rekordhoch

Berlin, 22. Januar 2018. 82 Prozent des im vergangenen Jahr erwirtschafteten Vermögens ist in die Taschen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung geflossen. Das geht aus dem Bericht „Reward Work, not Wealth“ hervor, den die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlicht. Die 3,7 Milliarden Menschen, die die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, haben dagegen überhaupt nicht vom Vermögenswachstum profitiert. Oxfam fordert, die Steuervermeidung von Konzernen und Superreichen zu stoppen, faire Einkommen für Frauen und Männer durchzusetzen und in Bildung und Gesundheit für alle zu investieren.

Der Bericht „Reward Work, not Wealth“ illustriert, wie sich der Graben zwischen Reich und Arm weiter vertieft und wie Konzerne und Superreiche ihre Gewinne erhöhen, indem sie Löhne drücken und Steuern vermeiden – auf Kosten normaler Arbeiter/innen und Angestellter sowie des Allgemeinwohls:

- Zwischen 2016 und 2017 ist die Zahl der Milliardäre angestiegen wie nie zuvor – alle zwei Tage kam ein neuer Milliardär hinzu. Mit 2043 Milliardären lag sie im Jahr 2017 auf einem Rekordhoch.

- In nur vier Tagen verdient ein Vorstandsvorsitzender eines der fünf größten Modekonzerne so viel wie eine Näherin in Bangladesch in ihrem ganzen Leben.

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt weiterhin mehr Vermögen als der gesamte Rest.

- Das reichste Prozent der Bevölkerung drückt sich durch Steuertricks um Steuerzahlungen von etwa 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr.

- Entwicklungsländern entgehen durch die Steuervermeidung von Konzernen und reichen Einzelpersonen mindestens 170 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen pro Jahr – mehr als die gesamte weltweite Entwicklungshilfe (145 Mrd. US-Dollar / Jahr).

Jörn Kalinski, Kampagnenleiter von Oxfam Deutschland, kommentiert: „Die massive soziale Ungleichheit ist ein

Krankheitssymptom unseres Wirtschaftssystems, nicht etwa ein Zeichen gesunden Wachstums. Eine reiche Minderheit nimmt massiv Einfluss auf politische Entscheidungen und senkt Unternehmenskosten – insbesondere Löhne und Steuern – in unverantwortlicher Weise, um die Profite der Anteilseigner zu steigern. Den Preis der Profite zahlen Milliarden von Menschen weltweit, die zu Löhnen, die nicht zum Leben reichen, schuften müssen und keinen Zugang zum öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem erhalten.“

„Das derzeitige Wirtschaftssystem fußt auf der konsequenten Ausbeutung von Frauen. Weltweit ist zu beobachten, dass Frauen geringer bezahlt werden als Männer und überproportional häufig in schlecht bezahlten Berufen und in unsicheren Arbeitsverhältnissen vertreten sind. Sie leisten unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit im Umfang von schätzungsweise zehn Billionen US-Dollar jährlich.“

Oxfam fordert die Bundesregierung auf, ihren Beitrag zum Abbau von Ungleichheit zu leisten – zwischen Arm und Reich, zwischen Männern und Frauen, weltweit und in Deutschland. Dazu gehört insbesondere:

- **Steuervermeidung von Konzernen und Superreichen stoppen:** Steueroasen müssen durch schwarze Listen und Sanktionen ausgetrocknet werden. Weltweite Mindeststeuersätze würden dafür sorgen, dass Konzerne ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, und durch öffentliche länderbezogene Berichterstattung über Gewinne und darauf gezahlte Steuern würde der Prozess transparent und nachvollziehbar.
- **Faire Einkommen und gleiche Chancen für Frauen und Männer durchsetzen:** Die Bundesregierung muss Unternehmen gesetzlich verpflichten, entlang ihrer gesamten Lieferkette für faire Einkommen und Löhne zu sorgen, Arbeits- und Menschenrechte einzuhalten und gegen Diskriminierung vorzugehen. Sie muss strukturelle Barrieren, die der gleichberechtigten ökonomischen Teilhabe von Frauen im Wege stehen, wie etwa das Ehegattensplitting in Deutschland, und die Belastung durch

unbezahlte Pflege- und Sorgearbeit abbauen.

- **In Bildung und Gesundheit für alle investieren:** Schul- und Arztbesuch dürfen kein Luxus und keine Frage des persönlichen Wohlstands sein. Die Bundesregierung muss – in Deutschland selbst und als wesentlicher Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit – den Auf- und Ausbau hochwertiger und gebührenfreier öffentlicher Systeme für Bildung und Gesundheitsversorgung fördern.

Redaktionelle Hinweise

Hintergrundmaterial

Folgende Dokumente stehen zum Download bereit unter <https://oxfam.box.com/v/ungleichheit2018>, Passwort **oxfam**:

- Bericht “Reward Work, not Wealth” (englisch)
- „Der Preis der Profite“ – deutschsprachige Zusammenfassung mit zusätzlichen Daten zur Situation in Deutschland
- Methodologische Erläuterungen (englisch)
- Fragen und Antworten zu sozialer Ungleichheit / Kurzinterview mit Jörn Kalinski (frei zur Verwendung, auch gekürzt, auszugsweise und ohne Namensnennung)

Daten

Oxfams Berechnungen zur Vermögensverteilung beruhen auf dem Credit Suisse Global Wealth Databook 2017 (<http://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/index.cfm?fileid=432759CA-0A73-57F6-04C67EF7EE506040>). Das Vermögen der Milliardäre wurde berechnet anhand der Forbes-Milliardärsliste, (<https://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static>) zuletzt veröffentlicht im März 2017.

Eine neue, verbesserte Datenlage bei Credit Suisse zeigt, dass 42 Menschen so viel Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese Zahl kann nicht direkt verglichen werden mit der im vergangenen Jahr veröffentlichten Zahl, nach der acht Menschen so viel besaßen wie die ärmere Hälfte der

Weltbevölkerung. Der Wert für 2017 schließt neue und aktualisierte Daten ein, darunter bereinigte Statistiken der UNO zur Berechnung der Weltbevölkerung, sowie neue Statistiken aus Russland, China und Indien, nach denen die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung über geringfügig mehr Vermögen verfügt, als angenommen. Auf Basis der nun vorliegenden Daten hätte das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung im vergangenen Jahr dem der reichsten 61 Personen entsprochen.

Social Media

Die deutschsprachige Diskussion zu unserem Bericht auf Twitter verfolgen Sie unter @Oxfam_DE. Der Twitter-Account @Oxfam gehört zu Oxfam International.

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, Mobil: 0177-7375288, E-Mail: nlink@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.250 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Klares Mandat für eine andere Landwirtschaft | Koalitionsverhandlungen müssen auf Forderungen der „Wir haben es satt“- Demonstration eingehen

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018
Pressemitteilung Germanwatch

Berlin (22. Jan. 2017). Als klares Signal an die Koalitionsverhandlungen einen Wandel zu einer nachhaltigen Agrarpolitik einzuläuten, bewertet die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch die „Wir haben es satt“-Demonstration vom Samstag. Angeführt von einer Rekordzahl an Bäuerinnen und Bauern haben rund 33.000 Menschen eine grundlegende Veränderung der Landwirtschaftspolitik gefordert. „Die wachsende Beteiligung an dieser Demonstration ist ein klares Signal, dass Bauern und Verbraucher immer stärker Verbündete für einen Wandel in der Agrarpolitik sind um in der Lebensmittelerzeugung auf bäuerlichen Betrieben Wertschöpfung statt Wachstum zu sichern“, sagt Agrarexpertin Reinhild Benning, die für Germanwatch die Demonstration mit organisiert hat. „CDU, CSU und SPD sollten die nun beginnenden Koalitionsverhandlungen daran ausrichten. Die in den Sondierungen vereinbarten allgemeinen Ziele müssen konsequent in Richtung einer nachhaltigen Agrarpolitik weiter entwickelt werden.“

Dazu gehöre es, die Gelder aus der EU-Agrarpolitik künftig so weit wie möglich zu nutzen, um kleinere Betriebe, Arten-, Klima- und Tierschutz sowie ländliche Entwicklung zu fördern,

so Benning. In den nächsten Jahren müsse zudem ein Schwerpunkt darauf liegen, den Übergang von einer industrialisierten Landwirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit durch einen verlässlichen und gezielt genutzten Finanzrahmen zu unterstützen.

„Damit Verbraucherinnen und Verbraucher eine nachhaltigere, tierfreundlichere Landwirtschaft durch ihre Kaufentscheidung besser unterstützen können, muss gleichzeitig für Industrie und Handel eine Kennzeichnungspflicht eingeführt werden, die Hinweise zur Tierhaltung und zum Einsatz von Gentechnik gibt“, so Benning.

„Mit immer mehr Exporten kann Deutschland seiner Verantwortung für die Welternährung und einer im weltweiten Maßstab nachhaltigen Landwirtschaft nicht gerecht werden“, ergänzt Tobias Reichert, Teamleiter Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch. „Wir brauchen ein hohes Engagement der Entwicklungshilfe, die konsequent an kleinbäuerlicher Landwirtschaft ausgerichtet werden muss, damit die Menschen in armen Ländern sich selbst ernähren können. Zudem brauchen wir auch eine Handelspolitik die dies zulässt.“

Kontakte für Medien:

Tobias Reichert

Teamleiter Welternährung, Landnutzung, Handel bei Germanwatch

Tel.: 030 / 2888 356 3

reichert@germanwatch.org

Stefan Küper

Pressesprecher Germanwatch

(Kontakt s.u.)

–

Stefan Küper

Pressesprecher

Germanwatch e.V.

Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Neuer Élysée-Vertrag: Neustart für französisch- deutschen Motor auch im Klimaschutz – Germanwatch fordert Aufbau einer französisch-deutschen „Entente Climatique“

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018
Pressemitteilung Germanwatch

Berlin/Bonn (22. Jan. 2018). Die Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch begrüßt die heutige Resolution von Bundestag und französischer Nationalversammlung für einen neuen Élysée-Vertrag als wegweisenden Aufruf an beide Regierungen, auch die klimapolitische Zusammenarbeit bilateral und auf EU-Ebene voranzubringen. „Diese Resolution enthält wichtige Forderungen an die Regierungen, damit beide Länder das Erreichen ihrer und der europäischen Klimaziele anschieben

können“, kommentiert Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

„Aus dieser Vorlage der Parlamentarier sollten Paris und Berlin im neuen Élysée-Vertrag eine Klima- und Energiewendepartnerschaft, eine Entente Climatique, entwickeln. Zentral dafür sind ein gemeinsamer CO₂-Mindestpreis und eine abgestimmte Modernisierung der Energie- und Umweltafgaben. Ein neuer Vertrag, der diese Zukunftsaufgaben in den Mittelpunkt stellt, würde auch die Handlungsfähigkeit der EU oder zumindest der Vorreiterstaaten in der EU stärken. Bisher tun weder Deutschland noch die EU genug, um die Ziele des Pariser Klimavertrags zu erreichen“, so Bals. Beide Parlamente fordern ihre Regierungen im Klimapolitik-Kapitel auf, „gemeinsame Initiativen insbesondere zum CO₂-Preis vorzuschlagen“.

Wichtig sind für einen neuen Élysée-Vertrag aus Germanwatch-Sicht neben einer CO₂-Preis-Initiative u.a. folgende Punkte:

- Grenzüberschreitende Infrastrukturinvestitionen sollten sich auf Bahntrassen, Infrastruktur für Elektromobilität und Fahrradwege konzentrieren. Beide Länder sollten unbedingt eine intensive Zusammenarbeit beim Wiederaufbau eines europäischen Nachtzugnetzes vereinbaren. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit beim öffentlichen Personennahverkehr, auch zwischen Kommunen in beiden Ländern.
- Für Unternehmen sollten bilateral und auf EU-Ebene gemeinsame verbindliche Standards bei den Berichts- und Sorgfaltspflichten zu Menschenrechten und den Pariser Klimazielen entwickelt werden. Frankreich ist hier deutlich weiter als Deutschland.
- Eine gemeinsame Initiative gegen den Niedergang der ländlichen Räume sollte auch eine klima- und umweltfreundliche Landwirtschaft mit besseren Einkommen für die Bauern voranbringen.

- Frankreich und Deutschland sollten ihre gemeinsame und die EU-Klimaaußenpolitik zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens stärken. Ein wichtiger Bestandteil davon sollte eine Initiative für eine an den Paris-Zielen orientierte Energie- und Klimazusammenarbeit mit den Ländern der Mittelmeerregion und Osteuropas sowie Zentralasiens sein – möglichst auch auf EU-Ebene. Mit China sollte auf eine Dekarbonisierung der Seidenstraßen-Investitionen hingearbeitet werden.

„Diese Punkte müssten sich aber auch im neuen deutschen Koalitionsvertrag widerspiegeln“, betont Christoph Bals. „Sonst degradiert die nächste Koalition die Élysée-Resolution der Parlamente zu einer Art Sonntagsrede.“

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Bauernverband präsentiert sich planlos beim Klimaschutz

– Klimastrategie des Bauernverbands enthält keine Vorschläge, mit denen Emissionen in der Landwirtschaft effektiv verringert werden könnten.

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018
Pressemitteilung Germanwatch

Berlin/Bonn (10. Jan. 2018). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch übt scharfe Kritik an der heute vorgestellten „Klimastrategie 2.0“ des Deutschen Bauernverbands (DBV). Die vom DBV vorgestellten Maßnahmen seien keine Grundlage, um die Treibhausgase in der Landwirtschaft effektiv zu verringern. „Der Bauernverband sucht offenbar vor allem Argumente dafür, nichts an der industrialisierten Landwirtschaft und der zunehmend exportorientierten Milch- und Fleischerzeugung zu ändern“, so Tobias Reichert, Teamleiter für Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch. „Dabei wäre die Abkehr von der Massentierhaltung die mit Abstand wirksamste Maßnahme, um beim Klimaschutz in der Landwirtschaft voran zu kommen.“

Die Tierhaltung einschließlich der dafür notwendigen Futtererzeugung ist für etwa drei Viertel der Treibhausgasemissionen aus der deutschen Landwirtschaft verantwortlich ist. Der einzige starke Rückgang der landwirtschaftlichen Emissionen um etwa 10 Millionen Tonnen CO₂ (in Äquivalenten) Anfang der 1990er Jahre entstand durch den Abbau der Viehbestände in der ehemaligen DDR.

Der DBV schlägt nun im Wesentlichen vor, die „Klimaeffizienz“

zu steigern, indem pro Produkteinheit weniger Treibhausgase entstehen sollen. Reichert: „In welchem Umfang die einzelnen Maßnahmen tatsächlich zu geringeren Emissionen beitragen können, wird in der Strategie nicht ausgeführt. Zudem bleibt offen, ob und wie verhindert werden soll, dass die angestrebte Verringerung der Emissionen pro Produkteinheit nicht durch eine weiter steigende Gesamtproduktion konterkariert wird. Denn diese steigt seit 2007.“

Mehr Klimaschutz ist nur mit weniger Tieren in den Ställen möglich

Eine Reduktion der Tierbestände bleibt für den DBV tabu. Dabei führt die regional konzentrierte intensive Tierhaltung nicht nur zu den hohen absoluten Treibhausgasemissionen, sondern auch zu einer Reihe weiterer Umweltprobleme wie der Gewässer- und Luftbelastung durch Gülle und den Verlust der Artenvielfalt durch Überdüngung. Die Orientierung am Weltmarkt, die nötig ist, um die steigenden Mengen exportieren zu können, hat zum Verfall der Erzeugerpreise und Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe geführt – insbesondere bei Fleisch und Milch. „Immer mehr Betriebe müssen aufgeben und für die übrigen wird es immer schwieriger, dem Tierwohl gerecht zu werden“, erklärt Reichert.

Um die Ziele des Klimaschutzplans zu erreichen, wäre ein grundlegender Wandel in der Tierhaltung notwendig, und zwar unter der vom Wissenschaftlichen Beirat Agrarpolitik der Bundesregierung vorgeschlagenen Leitlinie „Besser aber weniger“. Der Bauernverband könne dann durchaus zu Recht fordern, dass die tierhaltenden Betriebe von Politik, Handel und Verbrauchern bei den notwendigen Anpassungen unterstützt werden. Aber das „Weiter so“ in seiner Klimastrategie werde weder dem Klimaschutz noch den Bauern gerecht.

Kontakte für Medien:

Tobias Reichert

Teamleiter Welternährung, Landnutzung und Handel, Germanwatch
mobil: 0178 – 212 58 03

Stefan Küper

Pressesprecher Germanwatch

(Kontakt s.u., heute nur per Handy oder e-mail)

—

Stefan Küper

Pressesprecher

Germanwatch e.V.

Dr.Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Oxfam: Merkel und Schulz dürfen sich von Klimaschutzmuffeln nicht auf Irrwege leiten lassen.

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

[PRESSE-INFO]

Berlin, 11. Januar 2017. Kurz vor Beginn der Abschlussrunde der Sondierungsgespräche warnt Oxfam CDU/CSU und SPD davor, das Ziel, die deutschen Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, faktisch aufzugeben. Das Ergebnispapier der Sondierungsgruppe zu

**Energie/Klimaschutz/Umwelt legt einen solchen Schritt nahe.
Jan Kowalzig, Klima-Experte bei Oxfam, kommentiert:**

„Angela Merkel und Martin Schulz dürfen sich von den Klimaschutzmuffeln in ihren Parteien nicht auf Irrwege leiten lassen. Beide haben im Wahlkampf versprochen, das Klimaschutzziel zu erreichen. Das Klimaziel aufzugeben zeugt von Mutlosigkeit und Liebedienerei gegenüber den Industriebossen, um das klimapolitische Versagen in der Vergangenheit zu kaschieren. Damit würde die nächste Bundesregierung nicht nur die klimafreundliche Modernisierung der deutschen Wirtschaft ausbremsen, sondern auch das Pariser Klimaschutzabkommen verraten und die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands verspielen.“

„Der Klimawandel verschärft weltweit die Armut, Unwetterkatastrophen richten schwere Zerstörungen an, Ernten vertrocknen oder werden von den Feldern gespült. Wer jetzt das Klimaziel gibt, tut dies auf Kosten der Millionen Menschen in armen Ländern, denen wegen des Klimawandels schon heute das Wasser buchstäblich bis zum Hals steht.“ „Das Klimaschutzziel ist nach wie vor zu erreichen – dazu braucht es aber eine engagierte Modernisierungspolitik in allen Sektoren, insbesondere in der Stromgewinnung, beim Verkehr und im Gebäudebereich.“

„An erster Stelle steht die zügige Abschaltung der schmutzigsten Kohlekraftwerke und ein schrittweises Ende der Kohleverstromung, die nicht nur den Klimawandel verschärft, sondern die wegen der Luftverschmutzung Jahr für Jahr für tausende vorzeitige Todesfälle verantwortlich ist.“ „Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm könnten Angela Merkel und Martin Schulz nicht nur zu ihren Versprechen stehen, sondern auch klimafreundliches Wachstum in der Wirtschaft erzeugen, nachhaltige Arbeitsplätze schaffen und die Energiewende klimaschutzwirksam und sozialverträglich zu einem Erfolg machen.“

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, 0177-7375288, E-Mail: nlink@oxfam.de

Jan Kowalzig, Tel.: 0178-4538050, E-Mail: jkowalzig@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.250 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Pilotprojekt City2Share: Kostenfreies E-Lastenrad „Sigi“ für Münchner BürgerInnen auszuleihen!

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

Was macht das Viertel lebenswerter? Mehr Parkplätze oder mehr Grün? Welche Mobilitätsform nutzen die Bürgerinnen und Bürger am meisten? Welche Angebote fehlen? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigt sich das Forschungsprojekt City2Share, in dessen Rahmen in Untersendling und der Isarvorstadt eine neue Art der Mobilität getestet wird. Im Fokus steht dabei die Meinung der Anwohnerinnen und Anwohner: Ihre Ideen brachten

sie bei einer Quartierswerkstatt und einem anschließenden Online-Dialog ein. Jetzt folgt die erste Reaktion darauf: Ein E-Lastenrad, das ab sofort kostenfrei zur Verfügung steht.

Die Mobilität der Zukunft soll flexibel sein, unabhängig, umweltfreundlich und – teilbar. Wie das künftig funktionieren könnte, testet das Forschungsprojekt City2Share in der Isarvorstadt und in Untersendling. Im Fokus stehen verschiedene Möglichkeiten, die den Verkehr im Viertel für die Zukunft verbessern sollen – und die Wünsche der Anwohnerinnen und Anwohner. Jetzt reagiert die Stadt auf eine Anregung, die sich bei einer Quartierswerkstatt im Oktober 2017 und einem anschließenden Online-Dialog rausgestellt hat: Ab sofort kann das E-Lastenrad Sigi kostenfrei ausgeliehen werden.

Die Ausleihe erfolgt über die Freien Lastenradler – eine Verleih-Plattform, die verschiedene Lastenräder in München verwaltet. Der Online-Kalender unter www.freie-lastenradler.de zeigt in Echtzeit die Verfügbarkeit des City2Share-Lastenrads an. Im nächsten Schritt kann das Rad unkompliziert und schnell gebucht werden. Abholort ist der Fahrradladen Espresso Cycling in der Jean-Paul-Richter-Straße in Sendling. Bei der Online-Buchung wird ein Passwort generiert, gegen das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Espresso Cycling das Lastenrad anschließend rausgeben.

„Das E-Lastenrad, das ab sofort kostenfrei zur Verfügung steht, ist ein schönes Beispiel dafür, wie Ideen zusammen mit den Bürgern erarbeitet und umgesetzt werden können. In einem nächsten Schritt werden wir die Ideen und Vorschläge der BürgerInnen in die Planungen der Platzgestaltung einfließen lassen.“, sagt Merle Breyer, Projektleitung City2Share seitens der Stadt München. Gleichzeitig wird das Angebot an den Mobilitätsstationen an Glockenbach, Goethe- und Zenettiplatz für die Isarvorstadt sowie am Kidlerplatz für Untersendling in 2018 ausgebaut. Genau bedeutet das: Diese Plätze sollen ein breites Angebot an Car- und Bikesharing bündeln und beispielsweise auch E-Ladestationen bereitstellen. Ziel ist es

schließlich, alternative Mobilitätsangebote direkt vor der Haustür zu schaffen und dadurch den individuellen Autoverkehr in den Vierteln deutlich zu reduzieren.

Den Projektauftritt bildete ein Mikro-Depot des Logistik-Dienstleisters UPS, das seit Mitte Juli 2017 am Glockenbach als zentrales Zwischenlager dient. Von dort aus verteilen Lieferboten die Pakete mit E-Lastenrädern anstatt mit Lieferwagen. So werden rund 280 Stopps des UPS-Autos täglich vermieden.

Ihre Ansprechpartnerin:

Franziska Bär,

Kommunikation bei Green City e.V.

Mail: presse@greencity.de

Tel: (089) 890 668 -321

Über City2Share

City2Share verbindet in einem völlig neuen Ansatz Multimodalität, urbane Elektromobilität, autonomes Fahren, Sharing, Logistik und die Erhöhung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Mittels Partizipation werden Konzepte und Lösungen und deren Wirkungen gemeinsam mit Bürgern, Anwohnern und Einzelhandel diskutiert und umgesetzt. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit fördert das Forschungsprojekt im Rahmen des Programmes „Erneuerbar Mobil“ mit 5,8 Mio. €. Konsortialpartner sind unter der Führung der BMW Group die Landeshauptstadt München, SWM und MVG, Hamburger Hochbahn AG, Siemens AG, UPS, DriveNow, die Universität der Bundeswehr München, TU Dresden und das Deutsche Institut für Urbanistik (difu). Weitere Informationen zum Projekt und zum Förderprogramm unter: www.city2share.de.